Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 5mal gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 285 — Sonntag, den 7. Dezember 1924 — 19. Jahrgang

Deutschlands Schicksalstag!

Für Demokratie und Republik!

Vor der Entscheidung.

Von Alfred Brodauf.

Im Brennpunkt des Wahlkampfes, der morgen sein Ende findet, stand die Deutsch-demokratische Partei. Sie, die „sterbende Partei", wurde immer von neuem totgeschlagen. Die Schiffer, Gerland, aus persönlichen Gründen aus der Partei ausgeschieden, waren nach dem Austritt auf einmal die „fähigsten, besten Köpfe", wovon die reaktionäre Presse vor dem Austritt nichts wußte. Aber die Totgesagten leben, gerade das Ausscheiden unsicherer Elemente und Angstdemokraten, die sich nur während der Revolution der Demokratie angeschlossen hatten, führte der Partei neues Blut zu, und wie sehr sie gefürchtet wird, zeigt das schwere Geschütz, das vorgeführt wurde. Gegen die Totgesagten ganz allein konzentrierte sich der Wahlkampf aller Reaktionäre einschließlich der zur Abwechslung wieder aus einer Mittel- zur Rechtspartei gewordenen Deutschen Volkspartei. Aber die gehässigen Angriffe prallen an der Wucht der Tatsachen ab.

Wer die Augen offen hält, kann nicht darüber wegsehen, daß wir in Deutschland wieder vorwärtsgekommen sind, außen- und innenpolitisch, und daß es demokratische Politik gewesen ist, die uns vorwärts gebracht hat. Der lichte Morgen ist für Deutschland noch nicht gekommen, aber die finstere Mitternacht ist vorüber. Außenpolitisch ist vorbei die Periode der Diktate. Den ausländischen Mächten, denen wir mit Gewalt nicht beikommen konnten, sind wir auf dem Weg der Verhandlungen gegenüber getreten. Unter Betonung und Vorkehrung vernünftiger wirtschaftlicher Gedanken haben wir sie genötigt, auf den Boden der Vernunft zurückzukehren. Und so wurden im Londoner Protokoll auf der Grundlage des Dawesgutachtens die Leistungen Deutschlands auf etwa ein Drittel der 132 Goldmilliarden festgesetzt, die uns 1921 im Londoner Diktat auferlegt wurden. Die Franzosen ziehen wieder aus der Ruhr heraus; unsere Volksgenossen im neu- und altbesetzten Gebiet atmen wieder auf von dem furchtbaren Druck, der seit der rechtswidrigen Ruhrbesetzung auf ihnen lastete. Das sind die Folgen einer Politik, die wir, so sehr sich Stresemann dagegen sträubt, als die demokratische bezeichnen dürfen, weil sie, vom Demokraten Rathenau eingeleitet, von den Demokraten — an ihrer Seite Zentrum und Sozialdemokraten — zielbewußt und konsequent schon vertreten worden ist, ehe sich Stresemann zu ihr bekannte. Diese Politik, die zu sichtbaren Erfolgen führte, die Politik der nationalen Tat, ist betrieben worden im schärfsten Kampfe gegen rechts, in schwersten Kampfe gegen die Parteien der nationalen Schlagworte, eines Maulheldentums, das pathetisch ruft: „Lieber tot als Sklav!", dessen Bekenner aber alle noch leben. Auch innenpolitisch ist zwar der Morgen noch nicht gekommen, aber Mitternacht ist vorüber, das Schwerste haben wir überwunden und wir stehen an den Anfängen der wirtschaftlichen Gesundung, nachdem es unter schweren Mühen gelungen ist, die Inflation mit ihren schrecklichen Folgen zu überwinden und gesundes Geld zu schaffen und wertbeständig zu erhalten, nachdem es gelungen ist, den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen, nachdem es gelungen ist, zum ersten Mal seit über 10 Jahren wieder Auslandskredit nach Deutschland hereinzubringen und dadurch auch finanzielle Mächte im Ausland daran zu interessieren, daß Deutschland wirtschaftlich wieder in die Höhe kommt. Auch das sind Erfolge einer von den Demokraten zielbewußt verfolgten Politik. Neben der Regierung hat daran hervorragenden Anteil der demokratische Reichsbankpräsident Dr. Schacht, den Dr. Stresemann in seiner Eifersucht beiseite schieben will. Vater der Rentenmark ist Dr. Schacht so wenig wie Helfferich, sie hat viele Väter, aber die Finanzpolitik der Regierung, unterstützt durch die Reichsbank unter Dr. Schacht, hat die Geldreform durchgeführt und, das ist das wesentlichste, das neue Geld wertbeständig erhalten.

Wir wären auf dem Weg der Gesundung weiter, wenn nicht Hakenkreuzler rechts und Sowjetsternanbeter links die ruhige Entwicklung durch Putsche gestört hätten, wenn nicht ein verblendeter völkischer Fanatismus in Rathenau einen der fähigsten, für den Wiederaufbau unentbehrlichen Köpfe ruchlos ermordet hätte. Wir wären weiter, wenn nicht der unselige Streit um die Staatsform nutzlos so viele Kräfte aufzehrte. Soll der Wiederaufbau ungestört sich Schritt für Schritt weiter vollziehen, so muß dieser Streit um die Staatsform aufhören, d. h. es haben die zu schweigen, die an Stelle der rechtmäßigen republikanischen Staatsordnung wieder den alten monarchistischen Klassenstaat setzen wollen, der durch eigene Schuld zusammengebrochen ist. Wenn jetzt am 7. Dezember das Volk zu entscheiden hat, so muß es denen den Laufpaß geben, die rechts und links ihren Kampf gegen die bestehende Ordnung richten, es muß sich in großer Mehrheit bekennen zur deutschen Republik, zu den Parteien der Mitte, die zu ihr stehen. Die Deutsche Volkspartei, im letzten Wahlkampf noch eine Partei der Mitte, hat sich auf die Seite der Reaktion geschlagen, sie scheidet aus für alle, die erkennen, daß der rechte Weg geradeaus, nicht rechts, nicht links führt. Diesen Weg geht die Deutsch-Demokratische Partei, die Partei der liberalen, nationalen Mitte. Der Weg in die bessere Zukunft Deutschlands ist nicht der Weg mit den Marksteinen Schwarz-Weiß-Rot, der Weg derer, deren Blick nur rückwärts in eine entschwundene Vergangenheit starrt. Der Weg zum Fortschritt, der Weg des Wiederaufbaues ist nur der Weg mit den Marksteinen Schwarz-Rot-Gold, den Farben der bestehenden staatlichen Ordnung. In diesem Zeichen laßt uns siegen!

Die Deutsche Demokratische Partei

steht auf den Stimmzetteln an 7. Stelle. Wer demokratisch wählt, muß auf dem Stimmzettel in den Kreis hinter der

7

ein Kreuz einzeichnen. Am 7. Dezember muß der 7 der Sieg gehören.

Der Reichskanzler warnt vor Zersplitterung.

Karlsruhe, 5. Dez. Reichskanzler Marx erklärte in seiner heute hier gehaltenen Rede u. a.: Wer das Wahlrecht hat, hat auch die Pflicht, vernünftig von diesem Recht Gebrauch zu machen. Unvernünftig aber ist es, seine Stimme irgend einer neuen kleinen Partei zu geben, die in dem neuen Reichstag garnicht zur Geltung kommen kann. Das deutsche Volk braucht einen Reichstag, der die Regierung in der konsequenten Fortführung der bisherigen auswärtigen Politik unterstützt, die eine Politik der friedlichen Verständigung ist und bleiben muß, einen Reichstag, der nicht zu außenpolitischen Experimenten drängt, die uns von neuem um das Vertrauen des Auslandes bringen, einen Reichstag, der die Interessen des in unlöslicher Schicksalsgemeinschaft mit dem ganzen Deutschen Reiche verbundenen besetzten Gebietes zielbewußt vertritt, da es nie wieder zu einer Reparationsprovinz werden darf, der die steuerlichen Lasten gerecht verteilt durch Schonung der Schwachen und Heranziehung der Starken im Rahmen des Erträglichen, der unsere Sozialpolitik fortführt und so weit in seinen Kräften steht, den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, den Ausgleich zwischen den scheinbar widerstreitenden Interessen von Stadt und Land erstrebt, der durch eine Handelspolitik auch den Wirtschaftsfrieden zwischen den Nationen fördert und dadurch zugleich der nationalen Wirtschaft zu neuer Blüte verhilft. Das deutsche Volk braucht aber auch einen Reichstag, der die Regierung in dem entscheidenden Kampfe gegen alle verfassungsfeindlichen Bestrebungen und in der strikten Wahrung der staatlichen Autorität unterstützt, der unbeschadet politischer Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Parteien die Ehre und die Würde des neuen Deutschlands hochhält. Im weiteren Verlauf seiner Rede sagte der Kanzler noch: Die Farben Schwarz-Rot-Gold werde ich verteidigen, weil sie die Farben des neuen Deutschlands sind, das wir aus den Trümmern des verlorenen Krieges gerettet haben. Unter den Farben Schwarz-Rot-Gold haben wir, ohne der alten Fahne untreu zu werden, das Reich und die Einheit der deutschen Nation gerettet.

Noch ein deutschnationaler Wahlschwindel.

Berlin, 5. Dez. Die „Deutsche Zeitung" und mehrere Provinzzeitungen haben gestern folgende Genfer Meldung veröffentlicht: Wie der „Matin", das „Journal und der „Temps" melden, hat Kriegsminister Nollet am letzten Sonntag in einer Rede in Epinal behauptet, daß die Entwaffnung Deutschlands als nicht genügend erwiesen sei, und daß die alliierten Regierungen die Umgruppierung der Reichswehr und ihrer Kommandostellen von der deutschen Regierung verlangen möchten. — Die Zeitungen haben mit dieser Meldung die Richtigkeit des zuerst von der „Berliner Börsenzeitung" am Sonnabend veröffentlichten angeblichen Memorandums des französischen Ministerpräsidenten an die alliierten Regierungen über Reorganisation der Reichswehr zu beweisen versucht. Wie inzwischen festgestellt worden ist, haben weder die von der „Deutschen Zeitung" und anderen Blättern angeführten noch die übrigen Pariser Zeitungen derartiges gemeldet. Kriegsminister Nollet hat am letzten Sonntag überhaupt nicht in Epinal sondern in Belfort gesprochen und sich dort weder mit der Entwaffnung Deutschlands noch mit der Umgruppierung der Reichswehr beschäftigt. In Epinal hat am Sonntag der französische Ministerpräsident Herriot eine Rede gehalten. Aber auch er hat die Frage der Militärkontrolle mit keinem Wort berührt. Es muß demnach angenommen werden, daß es sich bei der erwähnten Meldung um eine freie Erfindung handelt.

Zusammentritt des neuen Reichstags am 5. Januar.

Berlin, 5. Dezember. Wie die Blätter von zuständiger Seite erfahren muß der Zusammentritt des neuen Reichstages spätestens am 6. Januar erfolgen, und, da dieser Tag ein Feiertag ist, spätestens am 5. Januar.

Der deutsche Antrag auf Aufhebung der 26 Prozent.

London, 5. Dezember. Wie die „Times" aus Berlin melden, hat am Mittwoch der deutsche Antrag an die Reparationskommission Berlin verlassen, der die Aufhebung der 26prozentigen Einfuhrabgabe in den alliierten Ländern verlangt unter Berufung auf die durch diese Abgabe eintretende Gefährdung des Dawes-Plans.

Protest gegen die „Kriegsschuldigen"-Prozesse.

Ein deutscher Antrag nach Paris.

London, 5. Dez. „Daily Telegraph" meldet aus Paris, daß der gestrige Besuch des deutschen Botschafters im Auswärtigen Amt der Einstellung der Kriegsschuldigenprozesse in Frankreich gegolten habe. Ein offizieller Antrag Deutschlands bei den alliierten Mächten sei als bevorstehend bezeichnet.

Die Unterredung habe sich ferner mit der Frage der Befreiung der oberschlesischen Gefangenen befaßt.

Chamberlain bei Herriot.

Paris, 5. Dez. Der englische Außenminister Austen Chamberlain traf um 11 Uhr vormittags am Quai d'Orsay ein und wurde sofort zu Herriot geführt. Die Unterhaltung hatte keinen Zeugen und dauerte zwei Stunden. Um 1 Uhr wurde das folgende Kommunique ausgegeben. Herr Austen Chamberlain hatte heute eine zweistündige Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten gehabt. Die verschiedenen Fragen der auswärtigen Politik wurden von den beiden Ministern besprochen. Ueber die Angelegenheiten, die eine schnelle Erledigung verlangten, wurde eine Einigung erreicht. Gewisse Probleme verlangen aber eine genaue Prüfung. Die beiden Minister haben verabredet, die Beratung über diese Fragen fortzusetzen, in dem gleichen Geist und dem gleichen Willen, der auf beiden Seiten zu erkennen war. Beide Minister wünschen die freundschaftlichsten Beziehungen zwischen Frankreich und Großbritannien, um die Entwicklung und die Erhaltung des Friedens zu sichern.

Die große Abrechnung mit den Kommunisten.

Ausweisung der russischen Handelsdelegierten.

Rotterdam, 5. Dezember. „Morning Post" meldet, das Kabinett Baldwin hat den sechs Mitgliedern der russischen Handelsvertretung wegen kommunistisch-revolutionärer Betätigung den Ausweisungsbefehl zugestellt. Die Ausweisungsfrist läuft am 7. Dezember mittags 12 Uhr ab.